

Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.

Stettiner



Abend-Ausgabe.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: die Graßmann'sche Buchhandlung,
Schulzenstraße Nr. 341.
Redaction und Expedition daselbst.
Insertionspreis: Für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Zeitung.

No. 181.

Freitag, den 18. April.

1856.

Deutschland.

SS Berlin, 18. April. In der letzten Sitzung des Hauses der Abgeordneten folgte nach Erledigung der Eisenbahnfrage der Bericht über einige Abänderungen des Gesetzes wegen Entziehung einer Gewerbesteuer. Berichterstatter ist Herr von Kroßigk.

Die allgemeine Debatte eröffnet Herr Carl (Lückenwalde), um sich gegen die Vorlage im Allgemeinen zu erklären, weil sie große Ungleichheiten enthalte. Es verhege keine Session, worin nicht Abgaben erhöht oder neue eingeführt werden. Die Staatsbedürfnisse mögen das erheischen, aber dann sei der Wunsch nach einem geordneten Finanzplan ebenso gerechtfertigt. Die Sache möge ihre Schwierigkeiten haben, aber die Regierung dürfe nicht davon absehen; denn jetzt greife man bald diese, bald jene Abgabe heraus.

Herr Dr. Pfeil (Neurode) erklärt sich im Ganzen für die Vorlage.

Herr v. Hennig glaubt, daß, wenn das Gewerbesteuer-Gesetz von 1820 auch einzelne Mängel habe, es sich doch mehr als andere empfehle. Die Vorlage beseitige daran nichts, sondern lasse viele dringende Bedürfnisse ganz unbeachtet. In der vorigen Session sei nur eine Linderung angebracht worden und doch die durch die Vorlage keineswegs erreicht. Jetzt sei lediglich eine Finanzspeculation zur Hebung der Staatseinkünfte zu Tage gekommen. Eine solche Hebung sei ganz gut, aber hier nicht angebracht. Die Gewerbe vertragen die Erhöhung am wenigsten. Allerdings haben sich hier Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten, besonders bei den großen Kaufleuten, eingeschlichen, was aber an dem Prinzip nichts ändere. Wollte man helfen und zwar gründlich helfen, so müsse der Finanzplan geändert werden, gleichwie es 1820 geschehen ist. Erst dann werde es an der Zeit sein, mit einem neuen Gewerbesteuer-Gesetz vorzugehen. Die Vorlage habe auch im Einzelnen ihre Mängel, welche die Ablehnung empfehlen. Da die Steuerermäßigung sehr geringe ist und lediglich in den Händen ruhe, so müsse er gegen die Vorlage stimmen. Herr v. d. B. bekräftigt das, was Herr Carl gesagt. Es müsse eine geringere Bedrückung der Steuerpflichtigen und größere Berücksichtigung der bereits eingegangenen Beschwerden stattfinden. Die Regierung habe aber nicht einmal die Bedürfnisfrage behandelt und Vieles unerwogen gelassen. Herr Reichensperger (Geldern): Da noch Niemand Gründe für die Vorlage eingebracht hat, die Gegner also vorwalten, so wolle auch er sie für eine Verschlimmerung erklären. Der Entwurf habe die früheren Resolutionen des Hauses nicht beachtet, namentlich die Beschwerden wegen der Bäder und Schlächter nicht berücksichtigt. So stelle sich die Vorlage lediglich als Fiskal-Maßregel dar. Nirgends finde sich eine Grundlage für die Neuierung, nirgends ein Nachweis, warum die Sätze erhöht werden müßten. Das Haus wisse nur, daß 500,000 Thlr. auskommen, weiter nichts. Eine Bittschrift der Danziger Stadtbehörde zeige im Gegentheil, welche Bedrückungen durch die Vorlage eintreten können. Ganz große Etablissements müssen einer Individual-Steuer unterworfen werden, um der Mittel-Industrie zu helfen. Endlich sei es ungerechtfertigt, mit Reformen einzelner Steuer-systeme vorzugehen; nur die Gesamtreform der Systeme könne gute Folgen haben.

Herr Lemonius erklärt die Vorlage für unhaltbar. Die Erleichterungen verhalten sich zu den Erschwerungen vielleicht wie 1 zu 10. Sie sei absolut und für unsere Zeit durchaus nicht passend.

Herr Diergardt bedauert, daß die Vorlage die kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker so wenig berücksichtige, zumal die Maschinen den letzteren immer mehr Abbruch thun. Die Regierung habe dies auch 1847 gefühlt, und dem damaligen ersten vereinigten Landtage ausgesprochen. Die damaligen Ansichten seien aber nicht zur Geltung gelangt. Was nun die Steuern für die größeren Gewerbe betreffe, so könne er (Redner) sich mit den Mittelsätzen nicht einverstanden erklären, weil er aus eigener Erfahrung die Unzulänglichkeiten kennen gelernt. Das jetzige System sei für seine eigene Stellung viel günstiger, was ihn aber nicht hindere, für das Bessere einzutreten. Hätte die Vorlage den Handelskorporationen zur Begutachtung vorgelegen, so würde man heute ein besseres schätzbares Material vor Augen haben. Auch die Presse habe sich nicht genügend damit beschäftigen können. Er wünsche daher Vertagung der Vorlage bis zur nächsten Session.

Herr Kruse muß sich auch gegen die Vorlage erklären, weil sie keine rechte Erleichterung gewähre und nur Ungleichheiten herbeiführe. Die Bedürfnisfrage sei nirgends hervorgehoben. Uebrigens dürfte sich die Regierung auch mit ihren Angaben Befriedigung verrecknet haben. Die Angelegenheit bedürfe Seitens der Regierung einer noch viel gründlicheren Prüfung. Der Redner zeigt auch mehrfache Mängel im Einzelnen nach.

Der Finanzminister bemerkt, daß er die einzelnen Bemerkungen jetzt nicht beantworten werde. Im Allgemeinen sei anerkannt worden, daß die Aufstellung eines sogenannten Finanzplanes etwas sehr Schwieriges sei. Die Regierung habe bei diesem Gewerbesteuer-Gesetz alle Anträge und Wünsche aus dem

Land und aus der Landesvertretung berücksichtigt und es sei die vorliegende Novelle aus den eingeforderten Berichten sämtlicher Regierungen entsprungen. Die Hauptklagen hätten nur Ungleichmäßigkeiten betroffen und diese zu vermeiden, sei das Bestreben der Vorlage gewesen. Auf Tadel sei die Regierung vorbereitet gewesen, allein sie halte die bereits vernommenen Bedenken nicht alle für gerechtfertigt. Die Spezial-Diskussion werde dies beweisen. Dem Vorschlage des letzten Redners kann der Minister nicht beitreten. Den Bedenken, daß die Staatskasse einer Wehr-einnahme nicht bedürfe, glaubt der Minister mit dem Hinweise auf die Beschränkung der Forterhebung des Steuerzuschlages zu begegnen. Der Redner hofft, daß bei Diskussion der einzelnen Paragraphen die Regierungsvorlage die Zustimmung des Hauses erhalten werde. Hiermit erfolgt der Schluß der General-Diskussion. Man nimmt zunächst die Eingangsformel an. § 1 behandelt den Mittel- und kleinsten Satz der Gewerbesteuer für den Handel mit kaufmännischem Recht in den verschiedenen Klassen. Die Kommission empfiehlt unveränderte Annahme. Hierzu gehören Amendements der Herren v. Cynern und Diergardt, v. d. B. und Lemonius. Der erstgenannte Antragsteller vertheidigt sein Amendement.

Herr Molinari hält die Gewerbesteuer seit Einführung der Einkommensteuer für ungerechtfertigt. Die Einkommensteuern des Gesetzes würden durch § 1 noch erhöht, daher stimme er gegen denselben. Der Regierungs-Kommissar und der Finanzminister erklärten sich gegen die Amendements, ebenso der Handelsminister, welcher ausführt, daß der Gewerbestand einen keineswegs vorübergehenden, sondern im Gegentheil wachsenden Aufschwung genommen habe, welcher sehr wohl gestatte, die auferlegte Erhöhung zu tragen.

Herr Lemonius spricht für sein Amendement.

Herr Graf Schwerin erklärt sich im Namen seiner Freunde gegen die Vorlage. Sie seien der Meinung, daß ein Nachweis, daß die Ausgaben nicht auf andere Weise befriedigt werden können, als durch erneuerte Anspannung der Steuerkraft, nicht geführt sei. Ersparnisse ließen sich z. B. bei den Staats der Polizei- und Militär-Verwaltung einführen. Es sei eine Ungerechtigkeit, den Handelsstand allein höher zu besteuern und die Landwirtschaft auszunehmen. Der Finanzminister und der Regierungs-Kommissar nehmen wiederholt das Wort zur Empfehlung der Regierungsvorlage. Bei der Abstimmung werden die Amendements wie die Regierungsvorlage verworfen.

Der Finanzminister stellt hiernach dem Hause anheim, die Verathung dieses Gegenstandes vorläufig zu vertagen, da nach der Verwerfung des § 1 das Wesentlichste der Vorlage fehlen möchte. Hiermit schließt, nachdem mehrere Amendements zu der Vorlage unterstützt worden, die Sitzung um 2 Uhr. Die nächste findet Sonnabend 10 Uhr statt.

Bei Gelegenheit der in den Pfingstfeiertagen zu Halberstadt beabsichtigten zehnjährigen Stiftungs-Feier des Vereins von Zöglingen des königl. Gewerbe-Instituts, „die Hütte“, beabsichtigt man die Stiftung eines deutschen Ingenieur-Vereins.

Durch die Bemühungen des königl. preussischen General-Konsuls v. Penz in Alexandria, ist gegenwärtig ein Verein für Deutsche begründet worden, welcher den seit neuester Zeit so zahlreichen Niederlassungen von Mitgliedern der deutschen Zollvereinsstaaten und namentlich aus Preußen viele Erleichterungen bietet, deren Mangel bisher den Aufenthalt der Deutschen in Aegypten bedeutend erschwerte.

Die Regierungsräthe v. Selher, zur Zeit Polizei-Direktor in Elbing, und Schaffrinski, bei der Regierung in Potsdam, sind, wie die „N. Pr. Z.“ hört, zu Ober-Regierungsräthen und Abtheilungs-Dirigenten beziehungsweise bei den Regierungen in Posen und Marienwerder ernannt worden.

Wegen des in neuester Zeit so vielfach besprochenen sogenannten Potsdamer Diebstahls sollen sehr sorgfältige kriminalpolizeiliche Recherchen bei dem hiesigen Polizei-Präsidium veranlaßt worden sein. In Folge der hierdurch gewonnenen Resultate würde, dem Vernehmen nach, bereits mit Erhebung einer gerichtlichen Untersuchung gegen den bei dieser Angelegenheit hauptsächlich betheiligten ehemaligen Lieutenant Teden vorgegangen sein, wenn derselbe nicht auf dem Lazareth der hiesigen Stadtvoigtei schon seit mehreren Wochen so schwer erkrankt läge, daß nicht gegen ihn verfahren werden kann. Teden ist schon 75 Jahre alt und befindet sich seit längerer Zeit leidend.

Aus Westpreußen, 16. April. Eben wird mir brieflich Folgendes gemeldet, was die erleuchtete Gesinnung des Prinzen von Preußen aufs Neue dokumentirt. Auf den Gütern desselben in Zlatow und Krojank erhielt die Geistlichen aus den prinziplichen Waldungen ihr Heizungsmaterial unentgeltlich; an die Rabbiner ward aber dabei, dem Herkommen zufolge, nicht gedacht. Dieses Jahr wurden aber dieselben vermöge eines, wie heißt, auf höchste Ordre ergangenen Befchlusses der prinziplichen Verwaltung in Berlin, hinsichtlich jenes Dienst-Einkommens ihren christlichen Amtsgenossen gleichgestellt. (N. Z.)

Caub, 14. April. Ein vor Kurzem vorgekommener Fall

von Proklamationsverweigerung eines gemischten Paares von Seiten der katholischen Geistlichkeit in der preussischen Rheinprovinz hat seine Erledigung gefunden. Unsere Landesregierung hat, nachdem sie sich überzeugt, daß weder ein kanonisches noch bürgerliches Hinderniß im Wege sei, den hiesigen evangelischen Geistlichen ermächtigt, auch ohne Dimissorialien aus der Rheinprovinz die Trauung vorzunehmen. Dieselbe wurde am 13. April in der hiesigen evangelischen Kirche vollzogen.

Oesterreich.

Wien, 15. April. Die heutige „Wien. Ztg.“ giebt den lateinischen Text nebst deutscher Uebersetzung der Adresse der bischöflichen Konferenz an den Kaiser, so wie der Antwort, die Se. Majestät darauf zu ertheilen geruht (bei Gelegenheit einer Audienz am 12. d. M., in welcher der Kaiser die Mitglieder der Konferenz empfing.) In der ersteren heißt es u. A.: „Diese unsterblichen Gedächtnisse würdige Uebereinkunft (das Konkordat) hat zu beglücktem Ende geführt, was durch Ew. Majestät Verordnungen vom 18. und 23. April 1850 begonnen wurde. Der Zusammenhang zwischen dem heil. Stuhle und der Kirche des Kaiserthums ist vollkommen hergestellt. Ohne Hinderniß lenken die Bischöfe die ihnen anvertrauten Gemeinden durch ihre Anordnungen und erbauen sie durch Lehre und Ermahnung. Sie leiten den Unterricht der katholischen Jugend in Allem, was den Glauben und die Reinheit des christlichen Wandels betrifft. Frei bilden sie die Kandidaten des geistlichen Standes zu würdigen Dienern Gottes und der Kirche heran. Ueber die kirchlichen Rechtsfragen entscheidet der kirchliche Richter. Die Ehe ist im ganzen Umfange des Kaiserthums der Kirche unterordnet, von deren göttlichem Stifter sie zum Sakramente des neuen Bundes erhoben wurde. Die geistlichen Orden erfreuen sich vollkommener Freiheit, Alles, was zur Vollkommenheit des Ordenslebens gehört, nach Vorschrift ihrer Regel in Ausführung zu bringen. Es ist ausgesprochen, daß das Kirchengut unverletzlich und nach dem Kirchengesetze zu verwalten sei. Wo dasselbe unzulänglich ist, kommt die Großmuth Ew. Majestät ihm zu Hülfe. In dem aber Ew. Majestät, verjäherte Vorurtheile unter sich erblickend, der Kirche zusprachen, was der Kirche gebührt, haben Allerhöchstdieselben von der Höhe des Thrones herab eine Wahrheit verkündet, welche die Weisheit dieser Welt der Welt zum Verderben verleugnet hat. Der Vund zwischen Staat und Kirche ist die mächtigste Schutzwehr für alle wahren Güter der Menschheit; nur in dem christlichen Staate kann das vielbewegte Europa die Hoffnungen der Ewigkeit und die Wohlthaten des irdischen Friedens vereinigt finden.“

Die kaiserliche Antwort lautet: „Durch die Vereinbarung, welche Ich mit dem heiligen Stuhle schloß, habe Ich eine Pflicht des Herrschers, wie des Christen. Ich rechne es Mir zur Ehre an, Meinen Glauben und Meine Hoffnung auf Den, durch welchen die Könige herrschen, durch die That zu bekennen, und weiß sehr wohl, wie wirksam das Band der bürgerlichen Gesellschaft durch die Innigkeit der religiösen Ueberzeugung befestigt wird. Was Ich versprochen habe, werde Ich mit jener Treue erfüllen, welche dem Manne und dem Kaiser ziemt. Aber solch ein Werk kann nur mit vereinten Kräften zu allseitiger Vollendung gebracht werden. Es wird an Ihnen sein, hochwürdigste Bischöfe, mit Mir und unter einander zusammenzuwirken, damit Glaube und sittliche Kraft in unserer Mitte blühe und reiche Früchte des Heiles und Friedens bringe. Vertrauen Sie Mir, wie Ich Ihnen vertraue. Gott wird mit uns sein!“

Frankreich.

Paris, 15. März. Während eine, der Times entnommene, Nachricht die Befegung der Grenze von Parma gegen Piemont durch österr. Truppen ankündigt, meldet eine Privat-Korrespondenz aus Genoa vom 10. d., die sich in der Presse befindet, mit völliger Bestimmtheit, daß die aus dem Orient zurückkehrenden Piemontesen an derselben Grenze ebenfalls ein Beobachtungslager bilden werden. „Die Armee“, heißt es darin, „wird unter Zeltten lagern und mit der Bewachung des Herzogthums Parma beauftragt sein; denn Piemont, das eventuelle Anrechte auf diese Provinz hat, ist bei Erhaltung der Ordnung und der Sicherheit der Einwohner theilhaftig, die in einem möglichen Falle sardinische Unterthanen werden. Deshalb hat auch der Marq. Sauli, Gesandter in Florenz, seine gewöhnliche Residenz verlassen, um nach Parma zu gehen, da er auch dort, wie in Modena beglaubigt ist.“

Paris, Donnerstag, 17. April. Der Dampfer „Indus“ ist in Marseille eingetroffen, und bringt Nachrichten aus Konstantinopel vom 7. Nach denselben beginnt die Räumung der Krim von den Truppen der Westmächte von Kinnburn aus.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 10. April. Se. k. H. der Prinz Oskar wird am 10. t. M. seine Reise nach Paris antreten, um dort S. M. die Königin bei der Taufe des kaiserlichen Prinzen zu vertreten. Man bringt diese Reise in Zusammenhang mit einer späteren nach England und einer beabsichtigten Verlobung mit der

Druck von H. Graßmann in Stettin.